

Waaghaus-Ticker

Sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/Jungfreisinnige-Stadtparlamentsfraktion freut sich, Sie mit der neuesten Ausgabe des Waaghaus-Tickers bedienen zu dürfen und Sie damit aus liberaler Sicht über die Ergebnisse der Sitzungen des St.Galler Stadtparlaments zu orientieren. Wir wünschen Ihnen viel Spass bei der Lektüre.

Die ausgewählten Ergebnisse der Parlamentssitzung vom 24. November 2026 in der Übersicht:

Grossacker & Waldacker – Mehr Wohnungen statt mehr Vorschriften: Mit den Entwicklungen im Grossacker und im Waldacker werden wichtige Voraussetzungen geschaffen, damit in St.Gallen Wohnraum entstehen kann. Die FDP/JF-Fraktion unterstützt diese Vorhaben, weil sie auf innere Verdichtung setzen, bestehende Flächen besser nutzen und attraktiven Wohnraum an gut erschlossenen Lagen ermöglichen. Gleichzeitig zeigte die Debatte, dass Teile des Parlaments zusätzliche Auflagen, Quoten und Einschränkungen machen wollen. Solche Vorgaben mögen gut gemeint sein, erschweren aber die Realisierung von Wohnbauprojekten und treiben die Kosten in die Höhe.
Die FDP/JF-Fraktion steht für klare und verlässliche Rahmenbedingungen statt für immer neue Regulierungen. Wer mehr Wohnungen und langfristig bezahlbaren Wohnbau schaffen will, muss Investitionen ermöglichen und Planungssicherheit gewährleisten. Werden bei jedem Projekt zusätzliche Forderungen erhoben, verliert St.Gallen an Attraktivität für Investoren und Bauträger. Genau das wollte die SP/JUSO/PFG-Fraktion. Sie waren enttäuscht, dass der Stadtrat mit der Ortsbürgergemeinde nicht mehr sozialen Wohnungsbau etc. ausgehandelt hat und lehnten die Vorlage „Grossacker“ ab.
Unsere Haltung ist klar: Unser Ziel ist eine Stadt, die Wachstum und Entwicklung ermöglicht statt verhindert und sowohl für Wohnbauträger, Grundeigentümer und alle, die bereit sind, in die Zukunft unserer Stadt zu investieren, attraktiv bleibt.
Eine Mehrheit des Parlaments sah das gleich und genehmigte die Zonenplanänderungen mit 33:20 bei 2 Enthaltungen (Grossacker) und 55:2 (Waldacker).

Swiss-Zinc – Innovation ja, aber mit finanzieller Vernunft: Die FDP/JF-Fraktion anerkennt das Potential von SwissZinc: Die Rückgewinnung wertvoller Metalle aus Filterasche wäre ein innovativer Beitrag zur Kreislaufwirtschaft und zur Stärkung des Werkplatzes Schweiz. Gleichzeitig müssen gerade bei langfristigen Beteiligungen Wirtschaftlichkeit, Risiko und Kostenfolgen sorgfältig geprüft werden. Aus Sicht einer Mehrheit der Fraktion bleiben beim Projekt zu viele Unsicherheiten offen – von den künftigen Betriebskosten über regulatorische Fragen bis hin zur Abhängigkeit anderer Anlagenbetreiber. Innovation braucht Mut, aber auch finanzielle Vernunft. Die FDP/JF-Fraktion steht daher für eine nachhaltige und wirtschaftlich tragbare Kreislaufwirtschaft statt für Projekte mit schwer abschätzbaren Risiken zulasten der Gebührenzahlenden. Mit 49:8 teilte eine Mehrheit des Parlamentes diese Überlegungen nicht und verabschiedete die Vorlage des Stadtrates.

VBSG-Globalbudget – Leistung statt Detailbürokratie: Die FDP/JF-Fraktion unterstützte die Motion für ein Globalbudget bei der VBSG und setzt sich für eine moderne Steuerung über Leistungsauftrag und klare Kennzahlen ein. Entscheidend ist nicht, auf welchem Konto Geld verbucht wird, sondern ob die Bevölkerung einen zuverlässigen, leistungsfähigen und wirtschaftlichen öffentlichen Verkehr erhält. Statt politischer Detailkontrolle einzelner Budgetpositionen sollen Ziele, Leistungen und Resultate im Fokus stehen. Ein Globalbudget stärkt die Eigenverantwortung des Betriebs und schafft mehr Transparenz über die tatsächlich erbrachten Leistungen. Das Parlament konzentriert sich damit stärker auf das Wesentliche: Welche Leistungen werden erbracht und zu welchem Preis? Wir sind überzeugt, dass gute Politik Ziele setzt und deren Erreichung kontrolliert, anstatt operative Entscheide bis ins Detail vorzuschreiben.
Eine Mehrheit des Parlaments wollte keine Motion, sondern nur ein Postulat. Schade – es wird nun ein weiterer Bericht verfasst.

Vorgeburtlicher Mutterschaftsurlaub – NEIN zum Leistungsausbau: Die SP/JUSO/PFG-Fraktion wollte mit einer Motion einen bezahlten vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaub von drei Wochen einführen. Unsere Überlegungen dazu: Die Stadt beschliesst ein Entlastungsprogramm und gleichzeitig sollen neuen Personalleistungen geschaffen werden. Das ist höchst widersprüchlich. Wer sparen will, kann nicht laufend neue Ansprüche erfüllen. Die Stadt St.Gallen ist bereits heute eine grosszügige Arbeitgeberin. Es gibt 16 Wochen Mutterschaftsurlaub bei vollem Lohn. Und jetzt soll noch eins draufgegeben werden – nicht weil eine Versorgungslücke besteht, sondern weil man eine zusätzliche Leistung schaffen möchte. Ein Problem, das diese Motion lösen müsste, ist nämlich schlicht nicht erkennbar. Hinzu kommen praktische Frage: Wann beginnt der Anspruch? Was passiert bei Frühgeburten? Was bei einer Geburt nach dem errechneten Termin? Die Motion schafft neue Abgrenzungsprobleme, aber keinen erkennbaren Mehrwert.
Die Stadt entfernt sich mit solchen Vorlagen zunehmend von der Realität jener, die diese Leistungen finanzieren. Wir sprechen nicht von Grosskonzernen sondern von St.Galler KMU, Gewerbetreibenden, Familienunternehmen, die im Wettbewerb stehen und sich solche Leistungen nicht leisten können. Ausgerechnet die öffentliche Hand – finanziert durch deren Steuern – setzt hier ein falsches Signal.
Summa summarum: die Motion löst kein Problem, steht quer zum Entlastungsprogramm und setzt ein falsches Signal – wir lehnten sie ab. Mit Stichentscheid des Präsidenten wurde die Motion leider erheblich erklärt.

Eingereichter Vorstoss der FDP/JF-Fraktion:

- Interpellation: Bettelverbot «Was macht die Stadt St.Gallen?»

Vielen Dank für Interesse!

Felix Keller, Fraktionspräsident
Corina Saxer, Mitglied des Stadtparlaments

FDP.Die Liberalen Stadt St.Gallen
Geschäftsstelle
Rorschacherstrasse 44
9000 St.Gallen
T +41 (0)71 222 45 45
F +41 (0)71 222 45 48

www.fdp.sg/stadt
www.facebook.com/fdpstgallen/

www.twitter.com/fdpsanktgallen